

Norman Paech

Kein Frieden im Nahen Osten

Zur Entstehung und Entwicklung des Palästinakonfliktes¹

Gedenktage und -jahre haben oft einen traurigen Hintergrund der Erinnerung, keine Jubiläen, sondern der Rückblick auf Katastrophen und Niederlagen. So vor allem dieses Jahr für die Palästinenserinnen und Palästinenser, sei es in ihrer Heimat unter fremder Besatzung oder in der über die Welt verstreuten Diaspora. Sie erinnern an die Balfour Erklärung vor 100 Jahren, mit der die britische Regierung den Juden eine nationale Heimstätte in Palästina zusagte, an den Teilungsplan der UNO von 1947 vor 70 Jahren, mit der sie über die Hälfte des palästinensischen Territoriums den jüdischen Siedlern für einen eigenen Staat zusprach, und an den Ausbruch des sog. Sechs-Tage-Krieges 1967, der die Besetzung der Westbank, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens zur Folge hatte und zur fortdauernden Kolonisierung der Gebiete führte. Seit 50 Jahren ist die Staatengemeinschaft unfähig, diesen offen völkerrechtswidrigen Zustand, der immer wieder zu Krieg, Terror und der Destabilisierung der ganzen Region führt, in eine friedliche Nachbarschaft gleichberechtigter Völker nach ihren eigenen in der UN-Charta verbürgten Prinzipien zu verwandeln. Die folgenden Anmerkungen verfolgen nicht das Ziel eines Lösungsvorschlages. Sie wollen nur an einige historische Elemente und Determinanten dieses Konfliktes erinnern, die hinter dem Elend der seit Jahren stereotyp und ebenso sinn- wie ergebnislos geführten politischen Debatte stehen.

Was wir den »Palästinakonflikt« nennen, umfasst jedoch nur einen kleinen territorialen Ausschnitt aus einer Region, die im Deutschen »Naher Osten«, im Englischen jedoch »Middle East« genannt wird, und sich von der Türkei bis nach Pakistan erstreckt. In zahlreiche Staaten gegliedert, ist diese Landmasse seit ihrer staatlichen Aufteilung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang des Osmanischen Reichs praktisch nicht zur Ruhe gekommen und zu einem permanenten Konfliktherd geworden. Ihr ökonomischer Reichtum an begehrten Ressourcen hat sie immer wieder zum Ziel militärischer Interventionen der alten Kolonialmächte, innerer Aufstände und Revolutionen gemacht.

Wenn ich mich im Folgenden auf den Palästinakonflikt konzentriere, so deswegen, weil er nach Ursache, Ursprung und Entwicklung gegenüber den anderen Konflikten der Region besondere und eigenständige Merkmale aufweist und zur Kriegsgefahr entscheidend beiträgt. Diese hat einige Monate vor dem Oktoberkrieg von 1973

1 Gekürzte Fassung. Der integrale Text erscheint in: Groth, Annette, Richard Falk u. Norman Paech (Hg.), *Israel/Palästina – 50 Jahre Besatzung und Vertreibung* (Arbeitstitel), Verlag Papyrossa, 2017.

der damalige Verteidigungsminister Israels Moshe Dayan treffend mit den Worten umrissen: »Alle unsere Siedlungen sind auf den Trümmern arabischer Dörfer erbaut, und wir reißen nicht nur ihre Mauern nieder, sondern versuchen, auch ihre Namen aus den Geschichtsbüchern auszuradiieren. Sie haben also sehr gute Gründe, gegen uns zu kämpfen, und wenn ich ein Araber wäre, wäre ich wohl ein Kämpfer für El Fatah.« (Zit. n. Fried 1973, 46) Dieser Siedlungsprozess ist immer noch nicht beendet. Darüber hinaus ist er mit einer Vielzahl politischer und ökonomischer Interessen verschiedener Herkunft verknüpft, jüdischer, arabischer, amerikanischer und europäischer, so dass es schwerfällt, eine Grundlinie zu entdecken, die den Konflikt erklären und eine politische Lösungsmöglichkeit aufzeigen könnte.

Der Zionismus und die Ambitionen des europäischen Kolonialismus

Gemessen an dem biblischen Anspruch auf die jüdische Heimstatt in Palästina, der über 2000 Jahre zurückreicht, ist der Zionismus als nationale Bewegung und ideologisches Projekt eines jüdischen Staates in Palästina sehr jungen Datums. Denn als Antwort auf die Probleme der in alle Welt zerstreuten Juden in einer nichtjüdischen Umwelt aktualisierte er sich erst Ende des 19. Jahrhunderts, als die Assimilation nicht mehr als Konzept des Überlebens ausreichte. Die Rechtlosigkeit und Verfolgung der Juden in Russland und Rumänien bestätigten nach den staatlich geförderten Pogromen seit 1881 mit einem Exodus von ca. 1,3 Mio. Ostjuden nach Westen nicht nur das Scheitern der Assimilation, sondern auch der gleichberechtigten autonomen Koexistenz. Die führenden Theoretiker der jüdischen Autonomie, Moses Hess (*Rom und Jerusalem*, 1862), Leo Pinsker (*Autoemanzipation*, 1882) und Theodor Herzl (*Der Judenstaat*, 1896) sahen die Lösung der Judenfrage in der Forderung nach einem jüdischen Territorium, die sich erst 1897 mit dem Basler Programm des ersten zionistischen Kongresses auf Palästina festlegte.

Allen Formen des Zionismus war die Ablehnung jeglicher Integrationsversuche der jüdischen Gesellschaft in den orientalischen Raum gemeinsam. Besonders deutlich hat Max Nordau, langjähriger Weggefährte von Theodor Herzl, diese Integrationsverweigerung vertreten. Ihre kulturelle Arroganz spiegelt sich in der offenen Verachtung für die asiatische Umgebung ebenso wie in der ausschließlichen Ausrichtung auf die westliche Zivilisation: »Das jüdische Volk wird seine wesenhafte Besonderheit im Rahmen der westlichen Kultur entfalten, wie alle anderen Kulturvölker, und nicht außerhalb dieser. Nämlich in einem wilden, kulturlosen Asiatismus« (Gorny 1986, zit.n. Amar-Dahl 2012, 33). Integrationswillige Positionen wie die von Itzak Epstein blieben Randerscheinungen. Auch in der jüdischen Arbeiterbewegung wurde mit der Parole »Poale Zions« (Arbeiter Zions): »Jüdischer Boden! Jüdische Arbeit! Jüdische Waren!« den arabischen Arbeitern der Arbeitsmarkt verwehrt. Die »Gleichheit« der sozialistischen Gesellschaft sollte nur für die jüdischen Siedler gelten. Ein Führer der zionistischen Arbeiterbewegung, David Hacoen, bekannte am 15. November 1968 in der Zeitung *Ha'aretz*: »Ich musste mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten: musste die Tatsache verteidigen, dass ich keine Araber

in meiner Gewerkschaft akzeptierte, dass wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen, dass wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden, dass wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten, dass wir den ›Jüdischen Nationalfonds‹ hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb, dass es verboten ist, einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen.« Diese Variante des Kolonialismus zielte gerade nicht auf die Ausbeutung der arabischen Arbeitskraft, sondern auf ihre Verdrängung und Vertreibung. Darin waren sich Herzl und Nordau einig: »Die arme Bevölkerung trachten wir, unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchgangsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen.« (Herzl 1922, 98) Das Konzept des Transfers (ein Euphemismus für Vertreibung) der arabischen Bevölkerung war in den führenden Köpfen der zionistischen Bewegung von ihren Anfängen an vorhanden (Pappe 2007; Masalha 1997). Einer ihrer frühen Ideologen, Berl Katznelson, trat für eine klare politische Trennung beider Völker ein. Er war zutiefst von der technologischen und sozialen Rückständigkeit der arabischen Kultur und Gesellschaft überzeugt, die für die Entfaltung der jüdischen Gesellschaft und die Judaisierung des Landes von Eretz Israel nur hinderlich sein konnte. Der »Orientalismus« (Edward Said) dieses Zionismus ist von der Verachtung der islamischen Welt, der Arroganz der eigenen zivilisatorischen Mission und dem unbedingten Wunsch, sich vollständig in den Westen zu integrieren, ja sein Vorposten in barbarischer Umgebung zu sein, geprägt.

Ohne Unterstützung des seinerzeit stärksten imperialistischen Interessenten Großbritannien hätten die strategische Geschicklichkeit Herzls und der aufkeimende jüdische Nationalismus nicht ausgereicht, das Projekt eines jüdischen Staates über die Jahrzehnte zu realisieren. Schon mit der britisch-französischen Interessenaufteilung durch das Sykes-Picot-Abkommen 1916, die Balfour-Deklaration ein Jahr später und durch die Mandatsübertragung an Großbritannien 1920 war die Teilung und Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung vorgezeichnet. Als der britische Außenminister Lord Balfour am 2. November 1917 in einem Brief an Lord Rothschild die »Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstatt in Palästina« versprach, versuchte Großbritannien zunächst damit eine besondere Verantwortlichkeit für Palästina zu erlangen, um gegenüber Frankreich am Ende des Weltkrieges bei den Teilungsverhandlungen eine starke Position zu haben. Ende 1917 war die Besetzung Palästinas vollzogen, Frankreich und die USA hatten beim Sieg über das Osmanische Reich in Palästina und Syrien geholfen. Wenn allerdings die zionistische Bewegung aus diesem Versprechen, welches auch in die Präambel des britischen Völkerbundmandats über Palästina aufgenommen wurde, einen völkerrechtlichen Anspruch auf eine Staatsgründung herleiten wollte, widersprach das den Intentionen der britischen Regierung, die in der Erklärung ausdrücklich keine Rechtsgarantie für einen jüdischen Staat in Palästina sah. Zu dieser Zeit waren 91%

der Bevölkerung Araber, denen 97 % des Bodens gehörte. Dennoch wurde von dieser einheimischen Bevölkerung in der Mandatsurkunde bis auf eine flüchtige Erwähnung der arabischen Sprache keine Kenntnis genommen. Die britisch-zionistische Kolonisationspolitik der folgenden Jahre widersprach eindeutig Art. 22 Abs. 1 und 4 der Völkerbundsatzung, der tiefgreifende Veränderungen in dem Gebiet durch den Mandatar untersagte.

1895 lebten etwa 500 000 Menschen in Palästina, von denen lediglich 47 000 Juden (9,4 %) waren, die mit der ersten Welle der Einwanderung seit 1882 gekommen waren. Sie hatten bis dahin 0,5 % des Grundbesitzes erworben. 1939 in der Zeit des britischen Mandats hatte sich die Bevölkerung auf ca. 1,4 Mio. Menschen verdreifacht. Der Anteil der Juden war auf ca. 445 000 (30 %) angewachsen und ihr Grundbesitz hatte sich verdoppelt auf 5,6 %. Im Gründungsjahr des Staates Israel 1948 war das Verhältnis bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 2,1 Mio. Menschen unverändert. In Palästina lebten nun 650 000 Juden (31 %), die über 5,67 % Grundbesitz verfügten, durch die Teilungsresolution der UNO aber in den Besitz von 56,47 % des gesamten palästinensischen Bodens gelangten (Hollstein 1984, 148). Mit der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 verließen mehr als 750 000 arabische Palästinenser, die Hälfte der arabischen Bevölkerung, ihre Heimat. Sie wurden vertrieben und flüchteten vor dem jüdischen Terror, ihr Land wurde von den Israelis annektiert. In den Grenzen des jüdischen Staates verblieben nach dem Exodus 1948/49 nur noch ca. 300 000 Araber, eine 10 %ige Minderheit.

Die Jewish Agency legte dem Spezialkomitee der UNO für Palästina (UNSCOP), welches sich mit der Lösung des Konfliktes zu beschäftigen hatte, im Mai 1947 eine Karte für einen jüdischen Staat vor, der 80 % Palästinas einnehmen sollte. Die UN-Generalversammlung reduzierte diesen Anspruch mit ihrer Resolution 181 vom 29. November auf immerhin noch gut 56 % des palästinensischen Territoriums für einen jüdischen Staat. Die Teilung Palästinas wäre ohne die Stimme der Sowjetunion, die einer der entschiedensten Befürworter eines israelischen Staates war, nicht möglich gewesen. Bereits im Mai 1947 hatte Andrej Gromyko in einer Rede betont: »Sie wissen, dass es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen. Die Lösung des Palästinaproblems, basierend auf der Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegender historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Ansprüche des jüdischen Volkes berücksichtigt« (zit.n. Lustiger 1998, 185f). Was immer das geostrategische Kalkül in der Konkurrenz zu Großbritannien gewesen sein mag, genauso wie bei den westlichen Großmächten war die Entscheidung für einen jüdischen Staat auch der Versuch der Wiedergutmachung, das Versagen der eigenen Geschichte angesichts der Vernichtung der Juden in Europa zu kompensieren. Allerdings entzog Stalin schon 1949 seine Unterstützung für den jungen Staat, um mit einer proarabischen, antizionistischen Außenpolitik stärkeren Einfluss auf die arabischen Nationalbewegungen zu bekommen (vgl. Gehrcke u.a. 2009, 112). Die geringen Chancen der kommunistischen Partei in Israel selbst mögen dabei nicht ohne Einfluss gewesen sein.

Der Vorwurf, der Zionismus habe ein kolonialistisches Projekt verfolgt und mit der Gründung Israels verwirklicht (Reinhard 2016, 1244) wird immer wieder mit den Argumenten zu entkräften versucht, dass nur eine Minderheit der Juden dieser Ideologie gefolgt sei und vor allem die Vernichtung der Juden durch die Shoa und ihre Vertreibung aus ihren Ländern ignoriert werde (Bergmann 2011, 19). Kolonialismus definiert sich allerdings nicht über seine Motive und Gründe, sondern durch die Ergebnisse und Folgen seiner Praxis der Landnahme, Zerstörung von gesellschaftlichen Strukturen, der Vertreibung und/oder Unterdrückung der Kolonisierten. Zweifellos ist die Epochenkatastrophe der Shoah für Juden wie auch viele Nichtjuden die zentrale, unhinterfragbare Legitimation der Staatsgründung Israels. Die erlittene Vernichtungsgeschichte ist so tief in das jüdische Bewusstsein eingegraben, dass sich ihm die Möglichkeit vertrauensvollen Zusammenlebens in nichtjüdischen Gesellschaften für viele verschlossen hat. Selbst in der Diaspora wird die Existenz eines jüdischen Staats als unverzichtbare Rückversicherung und Überlebensgarantie für den Fall einer neuen Katastrophe erlebt. Doch hat die ideologische Vereinnahmung der Shoa durch den Zionismus gerade bei jüdischen Autoren scharfe Kritik hervorgerufen. Denn der Zionismus in Israel versteht die Shoa nicht als Zivilisationsbruch mit dem Auftrag, den neuen Menschen »nach Auschwitz« zu schaffen, sondern funktionalisiert sie zur Selbstrechtfertigung des jüdischen Staates mit dem weitgreifenden Anspruch auf Eretz Israel, »dem Land der Urväter« (Zuckermann 2009, 43). Dahinter verschwindet das palästinensische Schicksal der Enteigneten und Vertriebenen bis hin zum Verbot, an den Tag der Staatsgründung als Tag der palästinensischen Katastrophe, Naqba, öffentlich zu erinnern. An die Stelle der Shoa als Gründungsmythos sind andere Mythen getreten, wie der Mythos von Eretz Israel und der Sicherheitsmythos. Die Sicherheit ist zum zentralen Ordnungsfaktor Israels geworden, der »auf einer aus der jüdischen Leidensgeschichte erwachsenen Auffassung der Unauflösbarkeit der feindseligen Verhältnisse zwischen Juden und den *Gojim*« (Amar-Dahl 2012, 227) beruht. Damit hat jedoch der Wunsch nach Frieden nie die gleiche Höhe der Staatsprinzipien erreichen können. Im Laufe der Jahre »etablierte sich eine politische Kultur, in der weniger die Politik, sondern vielmehr das Militär im Endeffekt als zuständig für den Konflikt gilt« (ebd., 229).

Die arabische Schwäche und der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung

Der verbreitete Vorwurf an die arabischen Nachbarstaaten, einerseits durch die mangelnde Integration der Flüchtlingsmassen nach 1948 und 1967 den Konflikt am Leben zu erhalten, andererseits die Palästinenserinnen und Palästinenser in ihren gerechten und völkerrechtlich begründeten Forderungen gegenüber Israel im Stich zu lassen, zeigt das verzweigte Wurzelwerk dieses Konflikts, das die ganze arabische Welt des Nahen Ostens durchzieht. Die mangelnde arabische Einheit und die innerarabischen Machtkämpfe boten den Flüchtenden und Vertriebenen keine Basis für den Aufbau einer eigenständigen politischen Struktur. Das in der UN-Teilungsresolution für den palästinensischen Staat vorgesehene Gebiet eignete sich zum Teil

Israel an, der Rest fiel an das damalige Transjordanien von König Abdallah. Den Gaza-Streifen übernahm Ägypten. So stark auch die Unterstützung der Palästinenser in der arabischen Öffentlichkeit war und so sehr von diesen wiederum die Strategie des panarabischen Nationalismus unterstützt wurde, da sie nur in der arabischen Einheit die Befreiung Palästinas für möglich erachteten, die innere Zerstrittenheit der arabischen Nachbarn verhinderte jede wirksame Rückendeckung für die palästinensischen Forderungen. Die Schwäche der arabischen Staaten resultierte zum einen aus ihren weitgehend zurückgebliebenen feudalen Gesellschaftsstrukturen und antidemokratischen politischen Herrschaftsverhältnissen, zum anderen aus der Abhängigkeit von den Staaten des Westens, die sich mit ihrem Griff nach den Ressourcen gleichzeitig die Vasallität ihrer Herrscherhäuser sicherten. Erst 1959 gelang es Yassir *Arafat* einen Teil der palästinensischen Bewegung in der Organisation Al-Fatah («harakat at-tahrir al-filastini») – »Bewegung zur Befreiung Palästinas« – zusammenzufassen und auf das Ziel der Befreiung von der »zionistischen Okkupation« einzuschwören.

Die Niederlage der arabischen Armeen im Sechs-Tage-Krieg von 1967 machte nicht nur die Schwäche des arabischen Militärs, sondern auch der politischen Verfassung dieser Staaten deutlich. Jordanien und Ägypten waren prinzipiell bereit, mit Israel Frieden zu schließen, ohne damit eine Perspektive für die Lösung der palästinensischen Frage zu eröffnen. Sie sahen die Präsenz der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Organisationen als Gefahr für ihre eigene Herrschaft an. Diese wurden nicht nur aus Jordanien im »schwarzen« September 1970 vertrieben, sondern auch aus dem Libanon, als Israel 1982 dort einmarschierte. Die PLO musste nach Tunis ins Exil ausweichen. In der öffentlichen Wahrnehmung waren die Forderungen der Palästinenser schon lange hinter ihren Terroraktivitäten verschwunden und diskreditiert, ein Terror, der nur der verzweifelte Reflex ihrer Niederlagen und Ohnmacht gegenüber der brutalen israelischen Dominanz, der arabischen Schwäche und der öffentlichen Gleichgültigkeit war.

In den besetzten Gebieten führte die tägliche Realität der Siedlergewalt, der Landenteignungen und Zerstörungen nicht nur zum Ausbruch auch palästinensischer Gewalt (1. Intifada 1987, 2. Intifada 2000), sondern ließ das arabisch-palästinensische Nationalbewusstsein wieder aufleben und stärkte den Willen zum Kampf um Rückkehr und Wiederaufbau der eigenen Gesellschaft. Die z.B. von Golda Meir in drastische Worte gefasste Meinung, es habe »niemals ein palästinensisches Volk gegeben« (zit. n. Khalidi 1972, 6), verkennt zweierlei. Zum einen kann es in einer feudalen, großagrarisch strukturierten Gesellschaft wie der unter ottomanischer Herrschaft, in der sich erst rudimentäre Ansätze einer eigenen Bourgeoisie entwickelten, kein voll entfaltetes Nationalbewusstsein geben. Palästina war bis zu seiner Unterstellung unter das britische Mandat Teil des großsyrischen Raumes. Doch hatte seine Bevölkerung schon zu der Zeit durchaus ein Bewusstsein von ihrer arabisch-palästinensischen Identität. Mit der Ablösung der ottomanischen durch die britische Kolonialherrschaft 1918 schärfte sich dieses Bewusstsein und nahm im Kampf gegen die zionistische Besiedlung den Charakter einer nationalen Befreiungsbewe-

gung an. Dies konnte die von Präsident Wilson entsandte King-Crane-Kommission auf ihrer Erkundungsmission schon 1919 feststellen. Sie erkannte klar, dass »die Zionisten die praktisch vollständige Enteignung der gegenwärtigen nicht-jüdischen Einwohner Palästinas anstreben«, und berichtete, dass diese – »nahezu neunzig Prozent der Gesamtbevölkerung – leidenschaftlich gegen das gesamte zionistische Projekt opponieren« (Chomsky 2002, 31; Hollstein 1984, 110). Zum anderen hat am Anfang des palästinensischen Nationalbewusstseins nie die nationale Ideologie mit dem Ziel eines eigenen Staates gestanden, sondern die Befreiung von der Fremdherrschaft und der permanenten Drohung, vertrieben zu werden. Erst die UNO mit ihrer Teilungsresolution und die Gründung des separaten Staates Israel haben diesem auf Befreiung zielenden Bewusstsein die nationale Richtung auf einen eigenen Staat gegeben, die es bis dahin nicht gegeben hatte.

Man wird davon ausgehen können, dass der Zusammenschluss der Widerstandsgruppen (Al Fatah, Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas, Volksfront zur Befreiung Palästinas, Saika etc.) in einer gemeinsamen Organisation, der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), den Befreiungsgedanken in dem Nationalbewusstsein wieder gestärkt und zum dominanten Faktor gemacht hat. Die PLO wurde im Mai 1964 auf Initiative des damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser auf der arabischen Gipfelkonferenz gegründet, vornehmlich um eine palästinensische Vertretung im Rahmen einer panarabischen Bewegung zu schaffen. Die PLO und damit die Befreiung der Palästinenser war also ein gesamtarabisches Anliegen und nicht auf das Verhältnis der Palästinenser zu Israel begrenzt. Unter der Führung ihres Vorsitzenden Jassir Arafat, der dieses Amt von 1969 bis zu seinem Tode 2004 ausübte, trat die Errichtung eines palästinensischen Staates wieder in den Vordergrund. Diese Entwicklung wurde zweifellos durch die Niederlage der arabischen Staaten im sog. Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 und die anschließende Okkupation ganz Jerusalems, der Westbank und des Gazastreifens begünstigt. Der Widerstand erhielt mit der Befreiungsbewegung Massencharakter und führte die Einigung der verschiedenen Widerstandsgruppen herbei. Die Nationalcharta von 1968 definierte das Ziel der Befreiung Palästinas mit der Errichtung eines »demokratischen Staates« in einer »progressiven Gesellschaft«. Sie orientierte auf den »bewaffneten Kampf«, der die Vereinigung »aller nationalen Kräfte in einer Nationalfront« erfordere. Neben ihren Guerillaaktionen begann sie mit dem Ausbau eigener Sozialeinrichtungen zum Schutz der Flüchtlingslager, medizinischer Einrichtungen, Schulen und Produktionsstätten, sowie der Gründung von Massenorganisationen wie Gewerkschaften und Studierendenverbänden zur Aktivierung und Betreuung der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. Doch provozierten diese Aktivitäten nicht nur eine härtere Repression der israelischen Behörden. Sie wurden von den feudalistischen arabischen Regimen derart als Bedrohung wahrgenommen, dass König Hussein im sog. Schwarzen September 1970 (20 000 Tote) die PLO aus Jordanien vertrieb. Der Libanon, wohin sie sich zurückzog, konnte ihr allerdings nur bis 1982 als neue Operationsbasis dienen, bis sie von der israelischen Armee auch dort vertrieben wurde (Massaker christlicher Milizen unter den Augen der

israelischen Armee in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, Ost-Beirut) und sich nach Tunis zurückziehen musste. Es hatte ihr nichts genützt, dass ihr 1974 als erste Befreiungsorganisation ein Beobachterstatus in der UNO eingeräumt und ihr bewaffneter Kampf als legitimes Mittel zur Wiedererlangung ihrer Rechte anerkannt wurde (Paech/Stuby 1982, 1118).

Vergebliche Versuche einer Verhandlungslösung

Die schweren militärischen Niederlagen der PLO konnten den Widerstand der palästinensischen Bevölkerung gegen den Landraub und die Ausdehnung der jüdischen Siedlungen jedoch nicht brechen. Er eskalierte 1987 in der ersten Intifada, dem sog. Krieg der Steine, der die Stellung der PLO wieder stärkte und bei den Israelis die kategorische Ablehnung von Verhandlungen mit Arafat lockerte. Die Friedensverhandlungen, die 1991 mit der Konferenz in Madrid begannen, 1993 in Oslo mit der Prinzipienklärung fortgeführt und 1994 mit der Unterzeichnung des Oslo I Abkommens durch Arafat und Rabin abgeschlossen wurden, verliefen aber so, wie der spätere Außenminister, Shlomo Ben-Ami, sie charakterisiert hat: »Der Osloer Friedensprozess sollte zu einer permanenten neokolonialen Abhängigkeit in den besetzten Gebieten führen, bei der den Palästinensern ein gewisses Maß an örtlicher Autonomie zugestanden werden sollte.« (Zit. n. Gehrcke u.a. 2009, 171) Die Skepsis der palästinensischen Bevölkerung und eines Großteils der internationalen Beobachter bewahrheitete sich. Der einzige greifbare Fortschritt gegenüber der Genfer Friedenskonferenz im Dezember 1973 nach dem Yom Kippur Krieg und den Vereinbarungen von Camp David im September 1978 war die Beteiligung der PLO, die bis dahin von allen Verhandlungen ausgeschlossen war. Der ein halbes Jahr später abgeschlossene ägyptisch-israelische Friedensvertrag brachte zwar den Abzug der israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel, den Palästinensern aber nicht den Frieden. Die PLO verpflichtete sich, die Vernichtung Israels als ihr Ziel aus ihrer Charta zu streichen. Jedoch blieben die entscheidenden Themen wie der Status Jerusalems, die Flüchtlingsfrage oder die Siedlungen im Westjordanland in dem Abkommen ausgespart.

Über diese Begrenzung kamen auch die späteren Konferenzen nicht hinaus, ob Oslo II (September 1995), Wye (Oktober 1998), Camp David II (Juli 2000), Taba (Januar 2001) oder Annapolis (November 2007). Ihr voraussagbares Scheitern lag nicht nur an der unveränderten Ablehnung aller israelischen Regierungen, die Resolutionen 194 (Rückkehr der Flüchtlinge) und 242 (Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten) zu erfüllen, sondern auch an den strategischen Interessen, die die USA, als einzige dritte Kraft immer mit am Tisch, in diesem Konflikt verfolgten. Der resignierte Kommentar eines Unterhändlers bei den Verhandlungen in Annapolis auf Seiten der Palästinenser: »Rund 20 Jahre nach Beginn des Friedensprozesses muss man festhalten, dass die PLO seither nie in der Lage war, von Israel die Anerkennung sowohl der individuellen als auch kollektiven Rechte der Palästinenser zu erreichen, wozu auch ein Staat gehört, der mit allen dazugehörigen Attributen ausgestattet ist.« (Zit. n. Clot 2011, 206)

Bis Ende der sechziger Jahre standen die USA hinter der Forderung der Resolution 242 nach Rückzug der Israelis aus den eroberten Gebieten, um auf diplomatischem Wege eine Friedenslösung herbeizuführen. Als jedoch 1970 die Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zunahmen und Ägypten sich erfolgreich um militärische Unterstützung an die Sowjetunion wandte, änderte sich die Strategie der USA grundsätzlich. Es war Henry Kissinger, dem es als Sicherheitsberater von US-Präsident Nixon gelang, die US-amerikanische Nahost-Politik von jetzt ab ganz auf den Schulterchluss mit Israel und dessen Verweigerungshaltung umzustellen (Kissinger 1984, 659ff). Letztendlich war Israel der wichtigste und verlässlichste Vorposten und Partner in der arabischen Welt. Dadurch haben sich die USA allerdings in die Abhängigkeit der israelischen Verweigerungshaltung begeben, so dass alle der von ihnen selbst initiierten »Friedensprozesse«, ob Konferenzen oder diplomatische Missionen, scheitern mussten.

Die palästinensische Spaltung: Fatah und Hamas

Spätestens seit dem Wahlsieg der Hamas (harakat al-muqawama al-islamiya – »Bewegung des islamischen Widerstandes«) am 25. Januar 2006 hat sich die Spaltung der palästinensischen Gesellschaft über die territoriale Trennung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen hinaus zu einer tiefen Rivalität der beiden politischen Kräfte und Polarisierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Konzepte ausgeweitet. Israel hat diese Spaltung zur Schwächung der palästinensischen Position immer gefördert, sei es, dass es die Überwindung der territorialen Trennung entgegen ihrer Verpflichtung aus dem Osloer Vertrag 1993 verhindert hat oder durch die anfängliche Förderung bzw. wohlwollende Duldung der Hamas zur Schwächung von Fatah und PLO (vgl. Baumgarten 2013, 64f; Croitoru 2007, 31).

Bis zum Dezember 1987, als die Muslimbruderschaft in Gaza die Hamas gründete, war die Fatah die dominante Bewegung im Kampf gegen die israelische Besatzung. Seit der ersten Guerillaaktion 1965 galt der bewaffnete Kampf als »der einzige Weg zur Befreiung Palästinas«, wie es in Art. 9 der Palästinensischen Nationalcharta vom 17. Juli 1968 heißt. Erst 1988 mit der Proklamation des palästinensischen Staates änderte sie ihre Strategie, die nunmehr auf eine politische Lösung zielte und »einen historischen Verzicht der Palästinenser auf den größten Teil ihrer historischen Heimat mit einschloss« (Baumgarten 2013, 43) sowie eine Zwei-Staaten-Lösung in Koexistenz mit Israel akzeptierte. Für diesen Wandel hin zur Diplomatie waren einerseits die ständigen Niederlagen der Palästinenser in der militärischen Auseinandersetzung mit der israelischen Armee, andererseits der Massenaufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Ersten Intifada verantwortlich. Er trat nun an die Stelle des erfolglosen Guerillakampfes.

Fatah verstand sich als antikoloniale Befreiungsbewegung mit einer nationalen Ideologie, die die Errichtung eines palästinensischen anstelle des israelischen Staates zum letztendlichen Ziel erklärte. Damit unterschied sie sich von der »Volksfront zur Befreiung Palästinas« PFLP des George Habash, der es um die revolutionäre

Umwälzung der ganzen arabischen Region ging. Die ideologische Stoßrichtung von Fatah zielt direkt auf den Staat Israel und die Besatzung. Jeder antijüdische bzw. antisemitische Unterton liegt ihr dabei fern. Allerdings gehören auch der Zionismus und die Siedlerbewegung mit ihrer kolonialistischen Landnahme zu den erklärten Gegnern. Der Ideologie fehlt zudem eine ausdrücklich islamische Ausrichtung, selbst wenn alle Proklamationen der Fatah mit der üblichen Formel »Im Namen Gottes, des Erbarmer, des Barmherzigen« beginnen. Man wird sie nicht dezidiert säkular nennen können. Dennoch soll der demokratische Staat Palästina religiöse Offenheit gegenüber anderen Glaubensrichtungen und Toleranz gegenüber ihren Gläubigen und Organisationen üben.

In dieser relativen Distanz zur Religion liegt der größte ideologische Unterschied zur Hamas. Sie konnte auf den Strukturen, Institutionen und Personen der schon seit 1946 in Palästina aktiven Muslimbruderschaft aufbauen, die ihre Verbreitung und ihren Erfolg ihren sozialen Aktivitäten, den Projekten im Bildungsbereich und vor allem dem Bau von Moscheen in den Jahren nach 1967 verdankte. Die Intifada war offensichtlich das auslösende Ereignis, welches die Muslimbrüder veranlasste, von den bislang eher sozialen und religiösen Aktivitäten zur politischen Aktion überzugehen. Auch ihre Programmatik ist antikolonialistisch gegen die Entstehung eines jüdischen Staates in Palästina gerichtet. Darüber hinaus ist sie jedoch stark religiös geprägt. Ihr Streit mit den Juden um Jerusalem und den Tempelberg, als den im Koran genannten Ort der Anbetung, enthält eindeutig antisemitische Züge.

Schon vor der Gründung im Jahr 1987 hatten die Muslimbrüder begonnen, im Untergrund den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung zu organisieren und erste bewaffnete Zellen einzurichten. Als König Hussein im Juli 1988 Jordaniens Souveränitätsansprüche auf Jerusalem und die Westbank aufgab, stellte sich Hamas mit einem religiös-nationalistischen Programm, welches sich ausschließlich an Muslime richtete, offen gegen die alle politischen und religiösen Richtungen ansprechende Programmatik der Fatah. In ihrer Charta von 1988 wurde ihre Forderung, die Besatzung zu bekämpfen und ganz Palästina zu befreien, als religiöses Gebot formuliert. Zugleich fand dieses territorial-maximalistische Programm angesichts der Erfolglosigkeit von Fatah und PLO positive Resonanz in der palästinensischen Gesellschaft, die sich dann in den Wahlsieg 2006 umsetzte. Es ist nicht zu übersehen, dass die religiös-nationalistische Perspektive eines islamischen Palästina, dessen territoriale Einheit kein Muslim aufgeben dürfe, sich spiegelbildlich in der religiös-nationalistischen Ideologie der jüdischen Siedler unter umgekehrten Vorzeichen wiederfindet (Baumgarten 2013, 73).

Prägte noch der Widerspruch zwischen dem Zwei-Staaten-Kompromiss durch Verhandlungen der Fatah und der Ein-Staat-Lösung der Hamas durch den bewaffneten Widerstand auf Kosten Israels im Wesentlichen den Konflikt zwischen den beiden Organisationen, änderte sich das Bild schon in der Zeit nach der Zweiten Intifada 2000 in Vorbereitung auf die Wahlen 2006. Bei der Hamas setzte sich allmählich die pragmatische Variante des Zwei-Staaten-Kompromisses durch, allerdings ohne Israel anzuerkennen. Hamas trat überraschend zu den Wahlen an und gewann ebenso

überraschend. Obwohl diese Wahlen von den westlichen Staaten gefordert worden waren und als frei und fair beurteilt wurden, erkannten sie das Wahlergebnis nicht an. Israel verschärfte gegen jedes Völkerrecht seine Blockade und verwandelte den Gazastreifen in das, was heute international als »Freiluftgefängnis« (Anderson 2015, 8) bezeichnet wird. Obwohl aus der Hamas nach dem Sieg nur Stimmen einer gemäßigten Politik kamen und der Wahlsieger Ismail Haniyeh eine Regierung der Nationalen Einheit anstrebte, konnte Hamas die Blockade der internationalen Isolierung nicht durchbrechen und musste die Regierung aus den eigenen Reihen bilden. Die Konfrontation zwischen Fatah und Hamas, offensichtlich durch die USA massiv gefördert (de Soto 2007, §§ 56f), eskalierte bis zum Krieg im Juni 2007. Er endete mit einer vernichtenden Niederlage der Fatah und besiegelte die Trennung der besetzten Gebiete in zwei jeweils von der Hamas und der Palestine Authority/Fatah verwalteten Enklaven unter israelischer Kontrolle. Es gab seitdem zwar immer wieder Ansätze und Initiativen zu einer Aussöhnung, die jedoch letztlich an dem unüberwindlichen politischen Widerstand Israels und der USA sowie der militärischen Macht Israels scheiterten (Baumgarten 2013, 192f). Dabei spielen die drei jede Grenzen des humanitären Völkerrechts sprengenden Kriege Israels gegen Gaza von 2008/2009, 2012 und 2014 ebenso eine Rolle, wie die politische Delegitimierung der Hamas als Terrororganisation, die damit faktisch »hors la loi« gestellt wurde. Ihre wiederholten Beteuerungen, jede vertragliche Übereinkunft, die die PLO mit Israel über den zukünftigen Status Palästinas erreiche, zu akzeptieren, wenn diese Übereinkunft durch ein Referendum der palästinensischen Bevölkerung gebilligt werde, verhallen ohne Resonanz. Netanjahu und seine Regierung wechselnder Koalitionen ist zu einem solchen Abkommen, welches eine definitive Festsetzung der Grenzen Israels und die Anerkennung eines souveränen Nachbarstaates Palästina beinhalten würde, nicht bereit. Die internationale Staatengemeinschaft, repräsentiert durch das Nahost-Quartett, hat diesen Zustand, der durch tägliche Gewalt, Terror, Zerstörung und Vertreibung sowie schwere Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts gekennzeichnet ist, zwar nicht ohne Kritik aber ohne politische Konsequenzen letztlich akzeptiert.

Der demographische Faktor

Die israelische Tageszeitung *Yedioth Ahronoth* veröffentlichte 2011 eine Umfrage, nach der 47 % der jüdischen Bevölkerung Israels befürchten, dass es 2048, 100 Jahre nach der Gründung, keinen Staat Israel mehr geben wird (Meotti 2011). Verständlich wird diese Furcht vor dem Hintergrund der negativen Migrationsbalance Israels. Die Zahl der Auswanderer stieg gerade nach der Zweiten Intifada im Jahr 2000 ständig und kann trotz staatlicher Lockprogramme durch die Einwanderung nicht mehr ausgeglichen werden. Waren noch in den 90er Jahren fast 900 000 Russen, von denen nur zwei Drittel Juden waren, nach Israel ausgewandert, so verließen über 100 000 schon wieder Anfang des neuen Jahrtausends das Land. Nach Schätzung von *Foreign Policy* lebten 2011 eine Million jüdische Israelis dauerhaft im Ausland,

13 % der Bevölkerung (Chamie/Mirkin 2011). 500 000 jüdische Israelis haben einen US-amerikanischen Pass, 100 000 einen deutschen Pass, mit steigender Nachfrage. Insbesondere – zu 70 % – sollen die europäischen Juden, die Ashkenasi, einen Zweitpass haben, was zu der Tatsache passt, dass der Anteil an Akademikern, die in die USA abwandern, unvergleichlich hoch ist. Alle Statistiken zeigen 2013 an, dass auf dem Territorium des historischen Palästinas inzwischen mehr Palästinenser (6 106 927) als Juden (6 056 927) leben und in Israel selbst der Anteil der jüdischen Bevölkerung von 90 % auf 75 % zurückgegangen ist (Wild 2015, 98). Dieser Trend wird anhalten, denn die ihm zugrunde liegenden Faktoren werden sich kaum verändern. Die höhere Geburtenrate der palästinensischen Bevölkerung ist zweifellos ein Faktor in diesem Trend. Vor allem ist es aber die Angst, die sich mit der ansteigenden Gewalt, der Brutalisierung und dem zunehmenden Rassismus der israelischen Bevölkerung aber auch mit den Angstkampagnen und ständigen Bedrohungsszenarien der Regierung in der jüdischen Gesellschaft breit gemacht hat. Spätestens seit der Zweiten Intifada ist die Gewalt- und Kriegserfahrung dieser Gesellschaft, sei es durch Selbstmordattentäter, Raketenbeschuss oder Messerattacken, aber auch durch die extrem gewalttätigen Kriege gegen den Gazastreifen so präsent geworden. Bei vielen ist der Glaube geschwunden, dass sie der Staat wirkungsvoll dagegen schützen könne. Die Angst steigerte sich nach dem Krieg gegen Gaza 2008/2009 so sehr, dass bei 59 % der jüdischen Bevölkerung das Trauma einer möglichen Verfolgung und Vernichtung sich wieder einstellte. Für Siedlergesellschaften, die ohnehin durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet sind, spielt die Sicherheit für den Verbleib im Land aber eine entscheidende Rolle.

Hinzu kommt der tiefe Pessimismus, der sich angesichts der sich verschlechternden ökonomischen Situation in der Gesellschaft eingemischt hat. Israel hat unter den OECD-Staaten die höchste Armutsrate und die tiefste Kluft zwischen Arm und Reich (vgl. Margalit 2013). Israelische Statistiken zeigen, dass 20 % der israelischen Bevölkerung (1,7 Mio) unter der Armutsgrenze leben. Wenn 88 % der Neueinwanderer Sicherheitsgründe und 78 % Wirtschaftsgründe dafür angeben, dass sie Israel wieder verlassen, so weist das auf die tiefe ökonomische und politische Krise Israels hin. Mag für den einen Grund der extreme Neoliberalismus verantwortlich sein, den Israel praktiziert, so ist der faktisch permanente Kriegszustand, in den die israelische Führung den Staat durch ihre Besatzungs- und Kolonialpolitik versetzt hat, der andere Grund für die Krise (vgl. Wild 2015, 91ff).

Ein Staat – zwei Staaten?

Die Resolutionen der UN-Generalversammlung bilden die Grundlage für die offizielle Politik Israels als auch der PLO, zwei gleichberechtigte souveräne Staaten auf dem Territorium Palästinas entstehen zu lassen. Dies war der Vorschlag der Teilungsresolution 181, der nach wie vor auch von allen in den Konflikt involvierten Staaten, von den USA über die EU bis Russland und den arabischen Nachbarstaaten, vertreten wird. Doch hat die bis heute ungebremste Siedlungspolitik Israels die

territorialen Voraussetzungen für die Errichtung eines palästinensischen Staates soweit unterminiert, ja beseitigt, dass in der öffentlichen Diskussion die Zwei-Staaten-Lösung weitgehend als unrealistisch verworfen wird. Der erklärte Wille aller israelischen Regierungen, auf die einmal errichteten – wenn auch unter offener Verletzung des Siedlungsverbots des Art. 49 IV. Genfer Konvention – Siedlungen nicht zu verzichten, lässt diese »UNO«-Lösung in der Tat immer unwahrscheinlicher werden, es sei denn, die Siedler würden mit Gewalt vertrieben werden. Deshalb hat in jüngeren Jahren die Ein-Staat-Lösung immer mehr Unterstützung in der öffentlichen Diskussion gefunden (Anderson 2015, 21ff). Nach einer Umfrage im September 2015 befürworteten bereits 51 % der Palästinenserinnen und Palästinenser einen binationalen Staat, der auch in Israel und unter jüdischen Autoren (Pappe 2013, 405ff; Judt 2003) Anhänger findet und den auch die PLO bis in die 1980er Jahre noch vertreten hat. Für Uri Avneri ist diese Idee zwar eine verlockende Vorstellung aber derzeit ohne realistische Chance. Denn ein Juden und muslimische Araber umfassender Staat bedeute das Ende des jüdischen Staates. »Die Juden würden zu der traumatischen Erfahrung zurückkehren, ein Volk ohne eigenen Staat zu sein... Das ist nicht sehr wahrscheinlich« (Avneri 2003, 205ff). Ministerpräsident Ehud Olmert war mit ihm in diesem Punkt einer Meinung: »Sollte der Tag kommen, dass die Zwei-Staaten-Lösung zusammenbricht und wir einen Kampf für gleiches Wahlrecht wie in Südafrika erleben, dann wird das, sobald das geschieht, das Ende Israels sein« (Haaretz, 29.11.2007, zit. n. Anderson 2015, 24). Gefangen in dem Dilemma zwischen der Rückgabe der besetzten Gebiete oder Aufgabe des jüdischen Staates plädiert Moshe Zuckermann für Trennung und Rückgabe, selbst bei Gefahr eines Bürgerkrieges, den er dann für unvermeidbar hält (Zuckermann 2009, 141). Moshe Machover hingegen hält aus sozialistischer Perspektive beide Optionen – ein oder zwei Staaten – für falsch. Er setzt langfristig auf die zwangsläufige Veränderung der sozialökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Region und die nationale Einigung der Araber, die zu verhindern ein Eckpfeiler der politischen und militärischen Strategie Israels gewesen sei. Dies allein würde die gegenwärtige Ungleichheit des Kräfteverhältnisses aufheben mit der Perspektive, »dass beide nationalen Gruppen als Mitglieder einer Föderation dem gleichen Staat angehören werden« (Machover 2013, 429ff, 445). Eine Option, die auch schon Nachum Goldmann propagiert hatte (1967, 691ff) und die auch für Isaac Deutscher dem jüdischen Volk mehr Sicherheit versprochen hätte als der Nationalstaat, in dem er »eine weitere jüdische Tragödie« (1977, 74) erblickte. Faktisch entspricht die gegenwärtige Realität in Palästina dem binationalen Ein-Staat-Modell, welches allerdings für die arabische Bevölkerung dem Apartheidstaat näher ist als der Demokratie. Den Palästinenserinnen und Palästinensern stellt sich somit die Frage, was leichter ist: Israel die besetzten Gebiete zu entreißen und die Siedler in ihr Land zurückzuschicken oder die israelische Herrschaft zu demontieren, sie zur Aufgabe der jüdischen Ausschließlichkeit zu zwingen und den neuen Staat der Juden und Araber zu demokratisieren?

Literatur

- Amar-Dahl, Tamar, *Das zionistische Israel. Jüdischer Nationalismus und die Geschichte des Nahostkonflikts*, Paderborn 2012
- Anderson, Perry, *The House of Zion*, in: *New Left Review* 96, 2015, 5-37
- Avneri, Uri, *Ein Leben für den Frieden. Klartext über Israel und Palästina*, Heidelberg 2003
- Baumgarten, Helga, *Kampf um Palästina – Was Wollen Hamas und Fatah?*, Freiburg 2013
- Bergmann, Theodor, *Der 100-jährige Krieg um Israel*, Hamburg 2011
- Chamie, Joseph, u. Barry Mirkin, »The million missing Israelis«, in: *Foreign Policy*, 5.7.2011 (www)
- Chomsky, Noam, *Offene Wunde Nah-Ost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik*, Hamburg 2002
- Clot, Ziyad, *Einen Palästinenser-Staat wird es nicht geben. Tagebuch eines Unterhändlers in Palästina*, Frankfurt/M 2011
- Croitoru, Joseph, *Hamas: Der islamische Kampf um Palästina*, München 2007
- Davis, Uri, »Die Kolonialherren im geographischen Palästina beim Namen genannt«, in: Pappe, Ilan u. Jamil Hilal (Hg.), *Zu beiden Seiten der Mauer*, Hamburg 2013
- Deutscher, Isaac, *Die ungelöste Judenfrage*, Berlin 1977
- Fried, Erich, »Die israelische Tragödie«, in: *konkret* 21, 1973, 46f
- Gehrecke, Wolfgang, Jutta v. Freyberg u. Harri Grünberg, *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nah-Ost-Konflikt*, Köln 2009
- Goldmann, Nachum, »Pour une solution confédérale«, in: Sartre, Jean-Paul, u. Claude Lanzmann (Hg.), *Le Conflit israélo-arabe*, Paris 1967
- Gorny, Yosef, *The Arab Question and the Jewish Problem* (hebr.), Tel Aviv 1986
- Herzl, Theodor, *Der Judenstaat* (1896), Zürich 1997
- ders., *Tagebücher*, Bd. 1, Berlin 1922
- Judt, Tony, »Israel: The Alternative«, in: *New York Review of Books*, 23.10.2003
- Hollstein, Walter, *Kein Frieden um Israel*, Wien 1984
- Khalidi, Walid, *Das Palästina-Problem*, Rastatt 1972
- Kissinger, Henry, *Memoiren*, Teil 1: 1968–1973, München 1984
- Lustiger, Arno, *Rotbuch: Stalin und die Juden*, Berlin 1998
- Machover, Moshe, *Israelis und Palästinenser – Konflikt und Lösung*, Hamburg 2013
- Margalit, Ruth, »The Real Reason for Israel's Brain Drain«, in: *The New Yorker*, 10.10.2013 (www)
- Masalha, Nur, *A Land without a People: Israel, Transfer and the Palestinians 1949–96*, London 1997
- Meotti, Giulio, »Can Israel be defeated?« in: *Ynetnews*, 19.9.2011 (www)
- Paech, Norman, u. Gerhard Stuby, »Kein Platz für das Palästinensische Volk?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1982, H. 9, 1097ff; H. 10, 1214ff
- Pappe, Ilan, *Die ethnische Säuberung Palästinas*, Frankfurt/M 2007
- ders., »Ein Staat in Palästina«, in: ders., u. Jamil Hilal (Hg.), *Zu beiden Seiten der Mauer*, Hamburg 2013
- Reinhard, Wolfgang, *Die Unterwerfung der Welt*, München 2016
- de Soto, Alvaro, *End of Mission Report*, 2007 (www)
- Wild, Petra, *Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung*, Wien 2015
- Zuckermann, Moshe, *Sechzig Jahre Israel. Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus*, Köln 2009